

Winfried Veit \*

## Frankreich zwischen innenpolitischer Reform und europäischer Selbstbehauptung

Die letzten drei Jahre der zweiten Amtszeit von Staatspräsident Jacques Chirac sind überschattet von der schweren Niederlage der regierenden Rechten in den Regional- und Kantonalwahlen vom 21. und 28. März. Zwar verfügt die Regierung nach wie vor über eine deutliche Mehrheit in Nationalversammlung und Senat, doch muss sie mit einer erstarkten linken Opposition rechnen. Zudem hat ihr Reformwille durch das Wählervotum einen herben Dämpfer erlitten, der durch öffentliche Proteste verschiedener Gesellschaftsgruppen noch verschärft wird.

Dabei war der von Chirac berufene Ministerpräsident Jean-Pierre Raffarin vor zwei Jahren mit der Ankündigung umfassender gesellschaftlicher Reformen angetreten. Die Voraussetzungen dafür erschienen günstig: eine durch die verheerende Niederlage in den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von 2002 gelähmte linke Opposition, eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament, ein unverbrauchtes Gesicht auf dem Stuhl des Ministerpräsidenten, und hohe Zustimmungswerte in den Meinungsumfragen des ersten Jahres, die vor allem von der Einheit von Volk und Regierung in der Irak-Frage getragen wurden. Doch nach zwei Jahren Amtszeit waren nur wenige Reformvorhaben verwirklicht, in erster Linie die Dezentralisierung und die Rentenreform. Andere vordringliche Projekte wie die Reform der hochverschuldeten Krankenversicherung oder des Erziehungssystems wurden wegen des heftigen Widerstandes der Betroffenen verschoben.

Nach der Niederlage in den Regionalwahlen wurde Raffarin vom Präsidenten zwar wiederberufen, aber unter der Maßgabe, eine Reformpolitik fortzuführen, die „den Wählerwillen berücksichtigt“. In der deutlich umgebildeten Regierung wurde der „soziale Flügel“ der Regierungspartei stärker berücksichtigt. Fest steht aber auch, dass umfassende gesellschaftliche Reformen und ein damit einhergehender Abbau der gewaltigen öffentlichen Verschuldung die Voraussetzungen für eine nach wie vor entscheidende Rolle Frankreichs in einer erweiterten Europäischen Union sein werden.

### Krise und Reform

Staatskrise, Wirtschaftskrise, soziale Krise, politische Krise, Vertrauenskrise – nichts bleibt Frankreich derzeit erspart, wenn man dem Doyen der französischen Soziologie, Alain Touraine, glauben darf. In der Tat ist Frankreich heute (neben Deutschland) der „kranke Mann“ Europas mit einem Nullwachstum im Jahre 2003, einer Arbeitslosigkeit von fast zehn Prozent, einer zunehmenden „Entindustrialisierung“ und vor allem einer ungeheuerlichen Schuldenlast von fast 1000 Milliarden Euro, die über 60 % des Bruttosozialprodukts entspricht, und einem Budgetdefizit, das mit 4,1% bei weitem das vom europäischen Stabilitätspakt gesetzte Limit von 3% überschreitet. In den Augen der Liberalen ist Frankreich damit (erneut neben Deutschland) das abschreckendste Beispiel für den Niedergang des „kontinentalen Sozialmodells“. Nicht zuletzt die Auseinandersetzungen zwischen „Reformern“ und „Sozialgaullisten“ über die Frage, mit welchem Rezept der Wiederaufschwung zu schaffen sei, haben zu dem schwankenden Bild der Regierung Raffarin und letztlich zu ihrer Wahlniederlage beigetragen.

### Wieder einmal: „das französische Übel“

Doch diese Diskussion ist keineswegs neu. Im Jahre 1976 veröffentlichte der Politiker und Schriftsteller Alain Peyrefitte ein Buch unter dem Titel: „Das französische Übel“ (Le mal français), in dem er vor allem zwei Fragen nachgeht: „Ja oder nein, ist Frankreich von einem andauernden Übel erfasst?“ Und: „Ist noch Zeit genug, um Frankreich aus der Umklammerung der Zwänge zu befreien, die Initiativen entmutigen und statt dessen Passivität verbreiten?“ Im Jahre 2003 erscheint „Der Niedergang Frankreichs“ (La France qui tombe) von Nicolas Baverez, Historiker und Essayist, in dem eine ähnliche – den fortgeschrittenen Verhältnissen angepasste – Diagnose gestellt wird: Frankreich hinkt trotz rasanter technologischer Fortschritte in einigen Sektoren immer noch hinter der globalen Entwicklung her, es ist unfähig, sich den globalen Verän-

---

\* Friedrich-Ebert-Stiftung, Paris.

derungen anzupassen, maßt sich aber immer noch die Rolle eines „global player“ an, der es aber weder wirtschaftlich noch militärisch gerecht werden kann. Vor allem aber: das Land ist von einer strukturellen Reformunfähigkeit gekennzeichnet, die ihre hauptsächliche Ursache im korporatistischen System der Elitenbildung hat. Diese Elite rekrutiert sich im wesentlichen aus den „grandes écoles“, die ursprünglich einmal das Ideal der Gleichheit verwirklichen sollten, inzwischen aber zu einem Instrument der Regenerierung innerhalb derselben Schichten geworden sind. Und diese sind mit dem Staat und den gesellschaftlichen Großorganisationen in symbiotischer Weise verbunden – eine Erklärung dafür, warum es in Frankreich auch einer Rechtsregierung so schwer fällt, den Staatseinfluss zurück zu drängen. Dazu kommt, dass das Volk zwar heftig über „die da oben“ schimpft, gleichzeitig aber in den Worten eines Kommentators „alles vom Staat fordert, aber sich zu nichts verpflichten will“.

Sicher ist, dass in Frankreich – mehr als in den meisten anderen europäischen Ländern – das Denken in staatlichen Kategorien und zentralistischen Strukturen nach wie vor dominiert, trotz aller Privatisierungs- und Dezentralisierungsbemühungen der letzten Jahrzehnte. Wenn das Buch von Baverez eine breite Debatte zwischen Intellektuellen und Politikern ausgelöst hat – auch dies eine französische Spezialität – so kreist diese überwiegend um die Frage, mit welcher Politik Frankreichs Niedergang aufgehalten und seine Größe wiederhergestellt werden kann. Mit anderen Worten: Die Argumente für und wider Reform, Privatisierung und Dezentralisierung messen sich nicht so sehr an Effizienzkriterien, sondern an den voraussichtlichen Auswirkungen auf die Rolle Frankreichs zunächst in Europa, und dann in der Welt. Selbst der liberale und modernisierungsfreudige frühere Ministerpräsident Raymond Barre antwortete auf die Frage, warum er nicht an den Niedergang Frankreichs glaube, lapidar: „Ich glaube nicht daran, weil Frankreich sowohl die Voraussetzungen als auch die Fähigkeiten zum Wiederaufschwung hat. Man darf niemals an Frankreich verzweifeln“. Allerdings wies er im gleichen Atemzug warnend darauf hin, dass die gegenwärtig betriebene Reformpolitik völlig unzureichend sei, vor allem was die Investitionen in Forschung und Entwicklung anbelangt. Sollte sich dies nicht ändern, so drohe zwar nicht der Niedergang, aber doch der Absturz in die Mittelmäßigkeit, der Frankreich „nicht mehr erlauben wird, die ihm zustehende Rolle in der Europäischen Union zu spielen und seinen Einfluss in der Welt zu bewahren“.

## Eine Gesellschaft im Umbruch

Mögen dies die Sorgen der politischen Klasse sein, so berühren ihre Ursachen und ihre Symptome doch die gesamte Bevölkerung. Und diese speisen sich nicht nur aus der wirtschaftlichen und sozialen Problematik, sondern reichen weit darüber hinaus in die Sphären politischer Metaphysik und drohender Identitätsverluste. Das Jahr 2003 hat vor allem in zwei Punkten eine breite öffentliche Debatte ausgelöst, mit Konsequenzen für Gesetzgebung und politische Praxis:

- das Versagen von Staat und Gesellschaft bei der Lösung aktueller Krisenphänomene, festgemacht vor allem an der sommerlichen Hitzewelle und ihren tödlichen Folgen;
- die zunehmende Infragestellung der gemeinsamen Grundwerte der französischen Gesellschaft, offenkundig geworden in der immer schärfer ausgetragenen Kontroverse um das Tragen des muslimischen Kopftuchs.

Die verheerende Hitzewelle des August 2003 hat in Frankreich 15 000 Todesopfer gefordert – wesentlich mehr als in allen anderen europäischen Ländern. Nicht diese Tatsache allein, sondern vor allem ihre bedrückenden Begleitumstände haben fast schon traumatische Wirkungen erzeugt: erschrocken mussten die Franzosen feststellen, dass nicht nur ihre sozialen und medizinischen Einrichtungen in eklatanter Weise versagten, sondern dass dieses Versagen offensichtlich mit einem Wertewandel der Gesellschaft zu tun hatte. Die althergebrachte Familienstruktur funktioniert allenthalben nicht mehr, zu Tausenden blieben alte Leute im Ferienmonat August in Pflegeheimen und Wohnungen allein ihrem Schicksal überlassen. Die dramatischen Berichte über tragische Einzelschicksale, über das kaltherzige Verhalten von Angehörigen und das Unverständnis der politischen Instanzen lösten einen Schock aus, der sich in einer seitdem andauernden Debatte über das Selbstverständnis der Gesellschaft und die Verantwortung der Politiker artikuliert. Dass die Regierung in dieser emotionalen Frage zu spät und zu zögerlich Flagge zeigte, läutete letztlich ihren stetigen Niedergang im öffentlichen Ansehen ein.

Hingegen profilierte sich die Regierung auf einem anderen Gebiet, das vielleicht noch mehr an den Grundfesten des französischen Staatsverständnisses rüttelt. Vordergründig geht es um das Tragen des Kopftuchs durch muslimische Frauen und Mädchen in öffentlichen Einrichtungen, vor allem an Schulen. Dem hat die Regierung mit einem Anfang des Jahres 2004 mit großer Mehrheit verabschiedeten Gesetz einen Riegel vorgeschoben (und schließt dabei auch gleich das Tragen anderer „offensichtlicher“ religiöser Sym-

bole wie Kreuz und jüdische Kippa mit ein). Das Parlament folgte (auch mit den Stimmen der oppositionellen Sozialisten) damit den Empfehlungen einer von Staatspräsident Chirac eingesetzten Kommission, die sich auf die Jahrhunderte alte Tradition der religiösen Toleranz, aber auch der Trennung von Staat und Kirche in Frankreich bezog.

Tatsächlich geht es um mehr als das Tragen des Kopftuches in den Schulen. Es geht um das Entstehen quasi rechtsfreier Räume in manchen Vorstädten der großen Metropolen; um die Weigerung von PatientInnen, sich von Ärzten des anderen Geschlechts untersuchen zu lassen; um die manifeste Unterdrückung der von der französischen Verfassung garantierten Rechte der Frauen; um eine Geisteshaltung, die im Spruch eines Vertreters der „Union der islamistischen Organisationen Frankreichs“ zum Ausdruck kommt, der allen Ernstes erklärte, dass das Verbot des Kopftuch-Tragens dem von den Nazis befohlenen Tragen des Judensterns entspräche. Verbunden mit der zunehmenden Zahl antisemitischer Attacken, die – im Gegensatz zu früher – überwiegend auf das Konto arabischstämmiger Jugendlichen gehen, verdichtet sich für viele Franzosen das Bild einer ethnisch und religiös gespaltenen Republik, gerät der Begriff „Kommunitarismus“ zum Schreckgespenst, zur modernen Umschreibung für die von der Republik schon immer gnadenlos bekämpften separatistischen und ethnisch-religiösen Sonderwege, wie sie heute noch in Korsika und in abgeschwächtem Ausmaß im Baskenland und in der Bretagne zum Ausdruck kommen.

In der Bekämpfung des „Kommunitarismus“ sind sich die großen Parteien und damit die politische Klasse weitgehend einig. Das bedeutet heute – neben dem Sonderproblem Korsika – vor allem und in erster Linie, sich mit der islamischen Gemeinschaft zu beschäftigen, die nach unterschiedlichen Schätzungen (in Frankreich darf bei Volkszählungen nicht nach der Religionszugehörigkeit gefragt werden) zwischen dreieinhalb und sechs Millionen Angehörige zählt. Diese Beschäftigung ist von einem diffusen Gemisch aus historischem Schuldgefühl, progressivem Toleranzverständnis, nüchternen Wahlerwägungen und plattem Rassismus geprägt. Es ist eine Debatte, die wegen der zahlenmäßigen, aber auch grundsätzlichen Dimension über Frankreich hinaus grundlegende Bedeutung für Europa hat: Wo sind die Grenzen der Freiheit für die Feinde der Freiheit? Wann steht kulturelle und religiöse Autonomie dem wohlverstandenen Interesse von Staat und Nation entgegen? Sind die Gebote kultureller Toleranz höher zu bewerten als die Gebote von Recht und Verfassung?

## Der steinige Weg zu Reformen

Das Gesetz über das Verbot religiöser Symbole im Unterricht war eines der wenigen in der bisherigen Amtszeit von Raffarin, das mit großer Mehrheit verabschiedet wurde und in dem sich die Einheit der politischen Klasse über die Parteilager hinweg in einer fundamentalen Frage manifestierte. Die wenigen sonstigen Reformvorhaben, die der Regierung gelangen, wurden nur mit größter Mühe durchgesetzt. Dies gilt vor allem für die überfällige Rentenreform, bei der es ähnlich wie in Deutschland darum ging, die langfristige Finanzierung der Renten zu sichern und die Beitragssätze zu stabilisieren. Wie bei allen Reformvorhaben unter veränderten globalen Bedingungen war auch dieses mit Einbußen für die Betroffenen verbunden – und diese antworteten mit wütenden öffentlichen Protesten, bei denen im Frühjahr 2003 Hunderttausende auf die Straße gingen. Gleichzeitig wurde auch nur die Ankündigung von Reformen im Kultur- und Bildungssystem mit dem Boykott von zahlreichen Sommerfestivals durch die sogenannten „intermittents“ (saisonal beschäftigte Kunstschaffende) und mit umfassenden Lehrerstreiks beantwortet, so dass die Regierung es vorzog, diese Reformen bis nach den Regionalwahlen vom März 2004 zu verschieben – was ihre Niederlage bekanntlich nicht verhindert hat.

Die Frage, ob ein „zuviel“ oder ein „zuwenig“ an Reformen diese Niederlage verursacht hat oder ob es vielleicht nur daran fehlte, dem Wahlvolk die Notwendigkeit von Reformen zu „vermitteln“, beherrscht seitdem die öffentliche Debatte. Noch am Wahlabend des 28. März interpretierte die Verteidigungsministerin (und frühere Vorsitzende der Regierungspartei RPR) Michèle Alliot-Marie das Ergebnis dahin gehend, dass es die Regierung auf halbem Wege „erwischt“ habe: für die einen seien die Reformen zu schmerzhaft gewesen, für die anderen nicht weit genug gegangen. Und der Generalsekretär der aus der RPR hervorgegangenen jetzigen Regierungspartei UMP (Union pour un Mouvement Populaire), Philippe Douste-Blazy, in der neuen Regierung Gesundheitsminister, vergaß in diesem Zusammenhang auch nicht darauf hinzuweisen, dass es der Regierung Schröder in Deutschland ja nicht viel anders gehe. Der überzeugte Reformler François Fillon, nach wie vor „Nr.3“ der Regierung, früher als Arbeits- und Sozialminister, jetzt als Erziehungsminister, wurde noch am Vorabend des 28. März in einem Artikel in „Le Monde“ deutlicher: „Man kann nicht eines der besten Gesundheitssysteme der Welt haben, eines der besten Rentensysteme und eine der besten Arbeitslosenversicherungen in Europa, freien Schul – und Universitätszugang für alle, ohne dass wir

im Gegenzug durch Arbeit und Reformen für die Aufrechterhaltung dieser sozialen Errungenschaften kämpfen“.

In der Tat weisen immer mehr Kommentatoren darauf hin, dass Frankreich Gefahr läuft, zum Schlusslicht bei der Umsetzung der erforderlichen Reformen in Europa zu werden, und immer wieder wird auf das deutsche Beispiel verwiesen, wo sich - im Gegensatz zu Frankreich - ein parteiübergreifender Reformwille zeigte. Wie sind diese Schwierigkeiten zu erklären?

Raymond Barre ist der Meinung, dass die Franzosen gleich welcher Couleur im Grunde konservativ seien und den Wandel scheuten. Deshalb würde in Frankreich so viel über Reformen geredet, aber selten etwas umgesetzt. Hingegen kommt ein bekannter Soziologe aufgrund einer Umfrage zum Schluss, die Franzosen hätten in ihrer Mehrheit akzeptiert, dass das „französische Modell“ der umfassenden staatlichen Vorsorge und des sozialen Schutzes der Vergangenheit angehöre und Reformen notwendig seien. Allerdings seien sie zwar generell für Reformen, aber sie setzten sich gegen jede einzelne zur Wehr, wenn sie konkret davon betroffen seien.

Die zweite Etappe der Amtszeit von Präsident Chirac wird zweifellos von der Frage beherrscht sein, ob es gelingt, den „Wählerwillen“ mit der Notwendigkeit von Reformen zu versöhnen beziehungsweise „Reformen mit sozialem Antlitz“ zu produzieren. Dies gilt aber nicht nur für die in dieser Frage nach der Regierungsumbildung noch mehr gespaltene regierende Rechte, sondern auch für die oppositionelle Linke. Diese sah sich – trotz oder gerade wegen ihres grandiosen Erfolgs bei den Regionalwahlen – mit der Bilanz der Regierung von Lionel Jospin (1997-2002) konfrontiert und mit der Frage nach ihrem konkreten „Regierungsprojekt“ für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen des Jahres 2007. So hielt Fillon der Linken in dem erwähnten „Le Monde“-Artikel vor, dass es am Ende der Ära Jospin bereits Massenarbeitslosigkeit und eine Million Kinder gegeben habe, die unter der Armutsgrenze lebten, und dass alle Maßnahmen der linken Regierung nur zu einer Verschärfung der Wirtschaftskrise geführt hätten. Dies zielte unverhohlen auf die angebliche Reformunfähigkeit der Linken ab, und man vergaß auch nicht, immer wieder auf die Reformagenda der deutschen Sozialdemokraten hinzuweisen. Darauf antwortete noch am Wahlabend der frühere Premierminister Laurent Fabius, derzeit die „Nr.2“ der Sozialistischen Partei (PS): „Die Frage ist nicht, ob Reform oder nicht, die Frage ist, ob es eine gerechte oder ungerechte Reform ist“. Ein anderer prominenter PS-Vertreter, der Pariser Bürgermeister Bertrand Delanoë,

fand eine noch eloquentere Formulierung: „Man muss modern und gerecht zugleich sein“.

Gefragt ist aber zunächst die regierende Rechte, und die dringendsten Probleme sind die Reform der hochverschuldeten Krankenversicherung und des maroden Erziehungswesens. Daran wird sich zeigen, wie ernst es mit dem Reformwillen der erneuerten Regierung Raffarin bestellt ist, die so etwas wie das vorletzte Aufgebot für Staatschef Chirac darstellt.

## Götterdämmerung

Der eigentliche Verlierer der Regionalwahlen war nämlich Chirac, obwohl er gar nicht zur Wahl stand und auch nicht aktiv in den Wahlkampf eingegriffen hatte. Aber es waren die von ihm in den letzten zwei Jahren verordnete Politik und der von ihm handverlesene Provinzpolitiker Raffarin als Ministerpräsident, die abgestraft wurden. Es wird allmählich eng für den Präsidenten, der seit 30 Jahren die dominierende Figur der französischen Rechten ist: er war zweimal Ministerpräsident (1974-76 unter Giscard d'Estaing; 1986-88 unter Mitterand), lange Jahre Bürgermeister von Paris, und er ist seit 1995 Staatspräsident. In seinem langen politischen Leben hat Chirac schon viele Niederlagen einstecken müssen, doch diese könnte sein politisches Ende besiegeln, denn 2007 läuft sein zweites Mandat aus und bis dahin gibt es nur noch die Europawahlen am 13. Juni dieses Jahres; ob der Trend in so kurzer Zeit umgedreht werden kann, ist höchst ungewiss.

## Die Regional- und Kantonalwahlen im März 2004

Die verheerende Niederlage bei den Regional- und Kantonalwahlen war in ihrem Ausmaß von niemandem vorhergesehen worden – am wenigsten von der mit komfortabler Mehrheit regierenden UMP, die erst 2002 aus dem Zusammenschluss von Neogaullisten und großen Teilen des zentristischen und liberalen Lagers hervorgegangen war. Das fette Polster aus den Wahlen von 2002 – über 80 Prozent der Stimmen im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen für Chirac, fast Zweidrittelmehrheit in der Nationalversammlung – ist schneller geschmolzen, als man das für möglich gehalten hätte. Und die um die Sozialistische Partei gescharte Linke hat sich anscheinend schneller von der katastrophalen Niederlage des Jahres 2002 erholt, als es selbst der PS-Vorsitzende François Hollande erwartet hatte. Dieser hatte es noch wenige Wochen vor den Wahlen als Erfolg bezeichnet, wenn die Linke ihre acht Regionen behaupten könnte. Jetzt sind es 20 von 22

Regionen im Mutterland geworden (dazu wurden auch die vier Überseedepartements gewonnen).

Das Ausmaß der Niederlage für die Rechte wird erst recht deutlich, wenn man sich die Entwicklung seit der Etablierung der Regionen im Jahre 1986 ansieht: damals und bei den darauf folgenden Wahlen 1992 konnte die Linke nur zwei Regionen – Limousin und Nord-Pas-de-Calais – erobern bzw. behaupten. 1998 kamen dann – „unter besonders günstigen Bedingungen“, wie Hollande im Vorfeld der diesjährigen Wahlen betonte – sechs weitere Regionen hinzu, darunter die bei weitem größte und reichste, die Ile-de-France um Paris, und die große Südregion „Provence-Alpes-Côte d’Azur“. 14 Regionen für die Rechte und acht für die Linke – das war die Ausgangslage vor den Wahlen. Seit dem 28. März 2004 regiert die Rechte nur noch im Elsass und auf Korsika – schon geographisch marginale Regionen. Sie hat im nationalen Maßstab nur 37 % der Stimmen erhalten (gegenüber 50 % für die Linke und 12 % für den rechtsextremen Front National) und überdies auch noch elf Departements bei den gleichzeitig abgehaltenen Kantonalwahlen an die Linke abgeben müssen.

Die Wähler haben damit – bei einer erstmals seit Jahren wieder gestiegenen Wahlbeteiligung von 65 % - die Regierung Raffarin regelrecht abgestraft, zumal 19 von 38 Ministern und Staatssekretären in den Regionen antraten, davon sieben als Spitzenkandidaten – von denen kein einziger gewann. Fehlgeschlagen war damit auch die Strategie des Ministerpräsidenten im Wahlkampf, den Urnengang auf seine eigentliche Bedeutung – die Wahl der Ratsversammlungen in den Regionen und in den Departements – herabzustufen und ihm jegliche nationale Bedeutung zu nehmen. Allerdings hat es die Regierung selbst in der Hand, sich in den kommenden drei Jahren – bis zu den nächsten nationalen Wahlen – zu rehabilitieren, denn nach übereinstimmender Meinung aller Wahlforscher hat nicht die Linke gewonnen, sondern die Rechte verloren. Und auch die Statistik verheißt Trost: Seit 1981 haben alle Regierungen – ob rechts oder links – die ersten größten Wahlen nach der Machtübernahme verloren. Die Franzosen nutzen Zwischenwahlen immer stärker als Korrektiv, um die jeweils Regierenden „abzumahlen“; dabei sind auch immer größere Ausschläge des Pendels – wie jetzt geschehen – nicht selten. Ein Wahlforscher hat ermittelt, dass allein das Protestwählerpotential (Nichtwähler, ungültige Stimmen, extreme Parteien) von 19,4 % im Jahre 1974 auf 51 % bei den Wahlen des Jahres 2002 gestiegen ist.

Könnten Chirac und seine regierende Rechte, deren überwältigende Mehrheit in der Nationalversammlung ja nicht gefährdet ist, also getrost zur Tagesordnung

übergehen nach dem Motto „weiter so“? In den ersten Stellungnahmen am Wahlabend war dies – bei allem Verständnis für die „Botschaft der Wähler“ – der vorherrschende Tenor, und auch die Wiederberufung von Raffarin deutet darauf hin. Doch für Chirac geht es auch um das Überleben seines „Systems“ und um sein politisches Erbe.

### Das „System Chirac“ vor der Auflösung?

Wieder einmal, wie schon oft in seiner langen politischen Laufbahn, hat der Staatschef nach der Wahlniederlage das Heft des Handelns selbst in die Hand genommen. Chirac genießt den Ruf eines political animal, das nach Niederlagen seine wahre Stärke unter Beweis stellt. Er betonte in einer Fernsehdebatte vier Tage nach den Wahlen das Thema „soziale Gerechtigkeit“ als Lehre aus der Niederlage seiner Partei, kündigte die Rücknahme eines Teil der Kürzungen in der Arbeitslosenversicherung an und „beauftragte“ die Regierung, „im Dialog“ mit den Betroffenen Lösungen für die Krisen im Gesundheitssystem, im Forschungsbereich und bei den „intermittents“ zu suchen. Gleichzeitig kündigte er aber auch die Fortsetzung der Steuer-senkungspolitik an, „weil wir eines der am höchsten besteuerten Länder der Welt sind“.

Chirac reagierte mit diesem symbolischen „Schwenk ins Soziale“ auf die Kritik an der zu „liberalen“ Ausrichtung der Regierung Raffarin und deren Reformpolitik, die der Masse der Arbeitnehmer Einschränkungen zumutet, gleichzeitig aber eine bestimmte Klientel protegert. Dies gilt für die Tabakhändler, die nach kräftigen Erhöhungen der Tabaksteuer vom Staat subventioniert werden, für die Restaurantbesitzer, die von einer erheblichen Senkung der Mehrwertsteuer profitieren, für Subventionen an die Klein- und Mittelunternehmen und generell für die von der Regierung verfügbaren Steuer-senkungen, die in erster Linie den Besserverdienenden zu Gute kamen. Bei aller Einsicht in die Notwendigkeit von Reformen war eine solche Politik der Mehrheit der Franzosen nicht mehr zu vermitteln. Das Gefühl, „ungerecht“ behandelt zu werden, gab wohl den Ausschlag für das massive Wähler-votum gegen die Regierung.

Dabei ist diese Politik durchaus Ausdruck des von Chirac geschaffenen „Systems“, innerhalb dessen klientelistische Strukturen und persönliche Loyalitäten höher bewertet werden als rationale Überlegungen und durchsichtige Entscheidungsstrukturen. Regierung und Regierungspartei sind letztlich nur der verlängerte Arm des Elysée-Palastes, von dem aus eine kleine Schar von „Beratern“ oftmals größeren Einfluss auf die Poli-

tik ausübt als wichtige Minister oder selbst der Ministerpräsident. Ermöglicht wird ein solches System durch die Verfassung der V. Republik, die dem Präsidenten quasi monarchische Befugnisse zugesteht, den Regierungschef aber in eine permanente Zwickmühle treibt: einerseits braucht er die Mehrheit im Parlament, andererseits ist er vom Vertrauen des Präsidenten abhängig, der ihn ernennt und ihn auch jederzeit wieder abberufen kann. Die Ministerpräsidenten haben in der fast fünfzigjährigen Geschichte der V. Republik schon immer die Rolle des Sündenbocks übernehmen müssen, und folgerichtig sind nur drei von ihnen (Pompidou, Barre, Jospin) über eine Amtszeit von drei Jahren hinaus gekommen. Aber nur bei wenigen war die Opferrolle so klar vorherbestimmt wie jetzt bei der Wiederbenennung von Raffarin durch Chirac. Das Kalkül des Präsidenten ist offensichtlich: ein neuer Premierminister wäre im Falle eines Scheiterns wichtiger Reformen und einer erneuten Niederlage bei den Europawahlen am 13. Juni schon nach wenigen Monaten „verbrannt“ gewesen. Raffarin ist damit ein Mann des Übergangs, es sei denn er schafft das Unmögliche und zieht die Karre doch noch aus dem Dreck. Allerdings steht er dabei unter engster Aufsicht des Staatsoberhauptes; er ist in den Worten des Schriftstellers Jean d'Ormesson nur noch „eine Art Superkanzlerchef des in vorderster Front stehenden Präsidenten“.

In der Tat trägt die Regierungsumbildung die deutliche Handschrift Chiracs – und seiner beiden engsten Vertrauten, des UMP-Vorsitzenden und früheren Premierministers Alain Juppé und des „politischen Beraters“ im Elysée, Jérôme Monod. Diese drei (und in gewisser Weise auch die Präsidentengattin Bernadette Chirac) bilden den innersten Kern des „Systems Chirac“, in der französischen Presse auch „Chiraquie“ genannt. Die neue Regierung ist denn auch sehr stark von überzeugten „Chiraquisten“ geprägt, wobei aber nur zwei wichtige Posten mit neuen Persönlichkeiten besetzt wurden: das Außenministerium mit Michel Barnier, bisher EU-Kommissar für Regionalpolitik, und das Gesundheitsministerium mit Philippe Douste-Blazy, Bürgermeister von Toulouse und bisher UMP-Generalsekretär. Weiteres wichtiges Merkmal der neuen Regierung ist die Schaffung von vier „Superministerien“, deren Amtsinhabern eine Schlüsselrolle bei der „Rehabilitation“ der Regierungspartei zukommt:

- Nicolas Sarkozy (bisher Innenminister) ist Minister für Wirtschaft, Finanzen und Industrie, soll für Wachstum sorgen und gleichzeitig den hohen Schuldenberg abbauen;
- François Fillon (bisher Arbeitsminister) wechselte in das Ministerium für Bildung, Hochschulwesen und

Forschung und wird mit dem dornigen Problem der Erziehungsreform konfrontiert;

- Dominique de Villepin (bisher Außenminister) übernahm von Sarkozy das Innenressort; von ihm wird erwartet, dass er die erfolgreiche und populäre Politik der Verbrechensbekämpfung seines Vorgängers fortführt;
- Jean-Louis Borloo (bisher Juniorminister für Stadtentwicklung) wurde Minister für Beschäftigung, Arbeit und soziale Kohäsion und verkörpert das „soziale Gewissen“ der neuen Regierung.

Weitere enge Chirac-Anhänger verblieben entweder in ihren Ämtern (Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie, Justizminister Dominique Perben, Landwirtschaftsminister Hervé Gaymard) oder wurden neu ernannt (Kultur- und Kommunikationsminister Renaud Donnedieu de Vabres, Familienministerin Marie-Josée Roig). Die zentristische UDF ist nach wie vor nur mit Verkehrsminister Gilles de Robien im neuen Kabinett vertreten; ihr Vorsitzender François Bayrou hatte sich geweigert, in die Regierung einzutreten.

Die UDF und ihr Vorsitzender sind der erste, vergleichsweise kleine Stachel für Chirac, sowohl was die Regierungsbildung als auch sein politisches Erbe angeht. Eines der strategischen Ziele des Präsidenten und seines Adlatus Alain Juppé war es nämlich gewesen, die demokratische Rechte (auch parlamentarische oder republikanische Rechte genannt) in einer großen konservativen, neo-gaullistisch geprägten Bewegung zu vereinen. Das wäre ihnen mit der Gründung der UMP auch beinahe gelungen, wenn nicht ein kleiner Teil der UDF unter Führung von Bayrou sich der Vereinigung entzogen und bei den jetzigen Regionalwahlen ein für Chirac schmerzliches Comeback gefeiert hätte: die UDF erhielt in den 16 Regionen, in denen sie im ersten Wahlgang am 21. März allein antrat (in den übrigen ging sie eine Listenverbindung mit der UMP ein), im Schnitt 16 % der Stimmen; im Landesdurchschnitt kam sie auf 11 % gegenüber 23 % für die UMP.

Ein zweiter Stachel ist die gefestigte Existenz des rechtsradikalen „Front National“, der sich bei den Regionalwahlen (mit 15 % im ersten und 12 % im zweiten Wahlgang) auf hohem Niveau gehalten hat und nicht mehr nur Auffangbecken für Protestwähler, sondern fester Bestandteil der Parteienlandschaft geworden ist. Chiracs Versuch, dem FN mit der Bildung einer einheitlichen Rechtspartei das Wasser abzugraben, ist damit gescheitert. Dies wirkt sich auf die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der Rechten aus, weil die rechtsextremen Stimmen – wie bei den Regionalwahlen vielfach geschehen – dem Regierungslager verloren gehen.

Der größte und für Chirac wohl schmerzhafteste Stachel ist aber die Tatsache, dass er seinem Intimfeind Nicolas Sarkozy eine herausragende Rolle in der neuen Regierung zugestehen musste. Der frühere Innenminister, in dieser Rolle der weitaus populärste und auch erfolgreichste französische Politiker der letzten zwei Jahre, wurde nicht nur zum Chefarchitekten des wirtschaftlichen Aufschwungs befördert, sondern auch mit dem Ehrentitel eines „Staatsministers“ (ministre d'Etat) belohnt, der in der Ära Chirac bisher noch nie verliehen wurde. Er ist damit quasi ein Nebenregierungschef und schlimmer noch: sollte Raffarin scheitern, wird an ihm wohl kein Weg vorbei führen. Schon jetzt hätten es viele im Regierungslager vorgezogen, wenn der dynamische Sarkozy (49) die Zügel in die Hand genommen hätte. Doch der Chirac-Clan verzeiht dem ehrgeizigen Sohn ungarischer Einwanderer zwei Dinge nicht: dass er sich 1995 bei den Präsidentschaftswahlen auf die Seite des damaligen Ministerpräsidenten Balladur und damit gegen Chirac gestellt hatte, und dass er es als einziger Politiker im Regierungslager wagte, unverhohlen seine Ansprüche auf die Präsidentschaftskandidatur für 2007 anzumelden.

Damit aber ist das politische Erbe des heute 71-jährigen Staatschefs bedroht, der sich bisher die Option für eine erneute Kandidatur offen gehalten hat. Wenn er schon – dann im Alter von 74 Jahren – nicht mehr antreten würde, dann nur zugunsten seines politischen Ziehsohnes Alain Juppé, dem er mehr als jedem anderen vertraut. Doch Juppé ist erst im Januar dieses Jahres wegen illegaler Parteifinanzierung unter anderem zu zehn Jahren Verlust des passiven Wahlrechts verurteilt worden; zwar wird es im Oktober eine Berufungsverhandlung geben, doch die Chancen auf eine vollständige politische Rehabilitierung dürften gering sein. Langsam breitet sich das Gefühl von Götterdämmerung aus; allerdings wäre es für den politischen Gegner gefährlich, den alten Fuchs Chirac zu unterschätzen.

## Das Dilemma der Linken

Die um die „Sozialistische Partei“ gescharte Linke hat mit ihrem grandiosen Wahlsieg bei den Regionalwahlen das vor zwei Jahren so schmerzlich betretene „Tal der Tränen“ anscheinend schneller durchschritten als sie selbst für möglich gehalten hatte. Allerdings hat die Linke nach Meinung des prominenten Ökonomen Elie Cohen bei den Regionalwahlen lediglich „die allgemeine Unzufriedenheit kanalisiert“, nicht aber „Gestaltungsmacht demonstriert“. Darauf aber wird es in den nächsten drei Jahren ankommen, will die Linke bei den

Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Jahre 2007 die Macht zurück erobern. Eine solche „Gestaltungsmacht“ steht vor dem Dilemma, mit einer aufgrund der neugewonnenen Stärke forcierten Oppositionspolitik so schnell wie möglich zurück an die Macht zu drängen oder aus staatspolitischer Verantwortung heraus die Reformen mit zu tragen - mit dem Risiko, vom Wähler dafür nicht belohnt zu werden.

## Reform oder Machteroberung?

Der eindeutige Sieg der Linken bei den Regionalwahlen kam ziemlich überraschend. Zwar hatte man eine „A-bstrafung“ (vote sanction) der Regierung erwartet, aber eher damit gerechnet, dass die Unzufriedenheit der Wähler sich in einer hohen Wahlenthaltung und in Stimmen für die extremen Ränder der Parteienlandschaft niederschlagen würde. Noch bis kurz vor den Regionalwahlen wirkte die PS wie traumatisiert von der verheerenden Wahlniederlage im April 2002, als ihr Spitzenkandidat Lionel Jospin dem FN-Vorsitzenden Jean-Marie Le Pen den Vortritt lassen musste und den zweiten Wahlgang, aus dem dann Chirac als haushoher Sieger hervorging, nicht erreichte.

Seitdem agierte die PS in der Oppositionsrolle nicht sehr überzeugend; es mangelte ihr an glaubhaften programmatischen und personellen Initiativen. Es fehlte, wie die Franzosen sagen, „ein Projekt“, das dem vom Krisengerede verunsicherten Volk eine Perspektive in die Zukunft weist und damit zugleich den Weg zurück an die Macht ebnet. Für François Mitterrand war dies die „Union der Linken“, für seinen Erben Jospin die „gauche plurielle“, das heißt die wichtigsten Kräfte der Linken vereint unter dem Banner wohlfahrtsstaatlicher Reformpolitik. Heute ist die Lage schwieriger, denn auch in Frankreich gibt es nicht mehr viel zu verteilen. Dennoch gelang es François Hollande, ansatzweise das alte Linksbündnis für die Regionalwahlen neu zu schmieden: so trat die PS im ersten Wahlgang in acht Regionen gemeinsam mit der „Kommunistischen Partei“ (KP) und den Grünen an, in sechs Regionen nur mit der KP und in weiteren fünf nur mit den Grünen. Im zweiten Wahlgang am 28. März funktionierte das Bündnis dann wie in alten Zeiten, und der Lohn war ein klarer Sieg. An diesen Erfolg möchte Hollande anknüpfen und eine gemeinsame Strategie der demokratischen Linken auch für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2007 entwickeln.

Doch die ersten Reaktionen der beiden wichtigsten Partner – KP und Grüne – waren zurückhaltend. Das ist auch verständlich, denn beide gingen aus den Wahlen gestärkt hervor und wollen sich nicht bedingungslos

einer PS-Agenda unterordnen, von der im übrigen noch keiner weiß, wie sie aussehen wird. Diese soll – wie Hollande nach den Regionalwahlen ankündigte – von einer „Programmkommission“ (commission du projet) bis Ende 2005 ausgearbeitet werden. Schlüsselwort ist dabei „partizipative Demokratie“: die Kommission soll insbesondere die Sozialpartner, die Gewerkschaften, Organisationen der Zivilgesellschaft, Berufsverbände und Intellektuelle anhören und in die Ausarbeitung der PS-Agenda einbeziehen. Dieses Vorgehen kommt zwar sicherlich den Intentionen von KP und Grünen entgegen, doch insbesondere die mit neuem Selbstbewusstsein ausgestattete KP – die bis vor kurzem von Auszehrung bedroht schien – wird sich als „soziales Gewissen“ der Linken profilieren wollen und kann dabei auf die Unterstützung der Gewerkschaften rechnen, die bereits heftigen Widerstand gegen die von Ministerpräsident Raffarin in seiner Regierungserklärung vom 5. April angekündigte Fortführung der Reformpolitik angedroht haben.

Dabei hat die PS-Führung (vorerst) eine Sorge los, die ein „reformistisches Projekt“ hätte gefährden können: die extreme Linke erhielt trotz einer gemeinsamen Liste der beiden trotzkistischen Parteien bei den Regionalwahlen lediglich knapp fünf Prozent der Stimmen und blieb damit weit unter den zehn Prozent, die sie – bei getrennter Kandidatur – 2002 errungen hatte. Mit der Marginalisierung der extremen Linken und der gleichzeitigen Schwächung der linken innerparteilichen Opposition hat die PS jetzt in den Worten des Sozialwissenschaftlers Zaki Laidi die Chance zu zeigen, dass „links sein genauso gut heißt, reformorientiert zu sein“. Nicht alle scheinen daran zu glauben, denn der linke *Nouvel Observateur* warnte die Partei vor einem Rückfall in „die schädliche Doppelzüngigkeit, jene Alterskrankheit der Sozialdemokratie“ und fügte hinzu: „Nach einer solchen Ermutigung (durch das Wahlergebnis) gäbe es nichts schlimmeres als ein zurück zu alten Gewohnheiten: kritisieren ohne zu sagen, was man selbst machen würde; in der Opposition phantastische Programme zu produzieren, um dann die Macht glanzlos zu verwalten; das Blaue vom Himmel versprechen, um dann nach der Wahl erbärmlich auf die Erde zurückzukriechen“.

Bleibt noch die Frage, wer ein mehrheitsfähiges Reformprojekt der PS leiten und sie damit auf dem Weg zurück an die Macht anführen soll. Vordergründig ist dies François Hollande, der unmittelbar nach der Wahl die Pflöcke einschlug, indem er vor dem Nationalrat der Partei erklärte, dass ein Programm der Sozialisten für 2007 „nur innerhalb der Partei“ ausgearbeitet werden dürfe. Dies war ein deutlicher Seitenhieb auf die beiden erklärten Präsidentschaftsaspiranten Fabius

und den früheren Finanzminister Dominique Strauss-Kahn, die schon immer „eigene Ideen“ entwickelten, um sich in der Öffentlichkeit zu profilieren. Für sie und einige weitere „Elefanten“ der PS, wie den Pariser Bürgermeister Delanoë oder den ehemaligen Kulturminister Jack Lang, war Hollande bisher eine bequeme, weil in ihren Augen ungefährliche Kompromisslösung auf dem Sessel des Parteivorsitzenden. Jetzt könnte sich das Blatt wenden, denn Hollande ist ohne Zweifel der große Gewinner der Regionalwahlen. Seit 1997 Parteivorsitzender, stand er lange Zeit im Schatten seines Mentors Lionel Jospin. Jetzt hat er zum ersten Mal in eigener Regie einen Wahlkampf dirigiert, und er hat diesen Test mit Bravour bestanden, auch wenn die Umstände kräftig mitgeholfen haben. Damit könnte er selbst zum Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen 2007 werden; zumindest aber dürfte ihm die Rolle des Königsmachers zufallen, der die wieder erstarkte PS im Griff hat. Es wäre dies der Lohn für eine mühevolle und von wenig Dank begleitete Kärnerarbeit in den letzten zwei Jahren, als Hollande die deprimierte Partei über alle Flügelkämpfe hinweg zusammenhielt und sich Sympathien bei der Basis erarbeitete. Er ist gewiss noch kein Volkstribun wie Strauss-Kahn oder Delanoë und er wird es vielleicht auch nie werden; aber er hat in den nächsten drei Jahren die Chance, mit Hilfe seiner starken Position in den Regionen eine Alternative zur Regierungspolitik zu entwickeln und die PS wieder zurück an die Macht zu führen.

### **Das neue Gesicht der PS**

Allerdings hat François Hollande schon selbst vor unrealistischen Erwartungen seiner Parteifreunde im Hinblick auf die neu gewonnenen Machtpositionen gewarnt. Die Regionen und die Departements könnten die negativen Effekte der Regierungspolitik nicht konterkarieren; dazu seien ihre Kompetenzen zu gering und ihre finanzielle Ausstattung nicht ausreichend genug. Tatsächlich verfügen die Regionen und Departements trotz aller Dezentralisierungsbemühungen der letzten Jahrzehnte nur über genau umrissene Kompetenzen in der Verkehrspolitik, der Wirtschaftsförderung, dem Bildungswesen und im Wohnungsbau. Sie sind „die armen Verwandten“ (*L'Express*) im Konzert der europäischen Regionen. So gibt die reichste französische Region, die Ile-de-France um Paris, jährlich 272 Euro pro Kopf aus; die Lombardei hingegen 2.434, Katalonien 2.535, Flandern 2.881 und Baden-Württemberg 2.885, vom Kanton Zürich mit 5.398 und Schottland mit 6.625 Euro pro Kopf ganz zu schweigen. Aber auch im innerfranzösischen Konzert

spielen sie die geringste Rolle mit 228 Euro im Durchschnitt gegenüber 652 für die Departements und gar 1.250 für die Kommunen – und letztere klagen schon immer über ihre schlechte finanzielle Ausstattung.

Die französischen Regionen bieten also bei weitem nicht die Gegenmachtposition der deutschen Bundesländer, zumal es auch keine Länderkammer gibt, in der sich diese Gegenmacht bündeln könnte. So kündigte Hollande zwar an, alle Instrumente der Dezentralisierung und alle regionalen Kompetenzen nutzen zu wollen, „um das tägliche Leben unserer Mitbürger zu verbessern“. Aber er warnte vor der Illusion, die Linke könne nun mitregieren: „das ist falsch, wir sind nicht in einem föderalistischen Staat“.

Dennoch ist es nicht nur von symbolischer Bedeutung, wenn 24 der 26 französischen Regionen (20 von 22 im Mutterland) und – erstmals seit 1790 – die Mehrheit der Departements (51 von 100) links beherrscht werden. Zwar bezeichnete Le Monde die Erfolge der PS-Regionalfürsten als „Sieg der Antistars“, doch einige haben bereits die Chance genutzt, sich im Wahlkampf auch auf nationaler Ebene zu profilieren, und sie werden die Präsidentschaft in den Regionen als Plattform für ihre politischen Ambitionen nutzen. Allen voran gilt dies für Ségolène Royal (50), frühere Ministerin und Lebensgefährtin von François Hollande, die den Rechten einen gleich dreifachen Schlag versetzte: sie gewann die traditionell konservative Region Poitou-Charentes mit großer Mehrheit gegen den profilierten Arbeitsminister François Fillon und fügte damit Premierminister Raffarin eine persönliche Niederlage zu, denn dies ist seine Heimatregion, in der er von 1988 bis zu seiner Berufung nach Paris 2002 Regionalpräsident war. Ebenfalls von überregionaler Bedeutung ist die Verteidigung der Ile-de-France durch Jean-Paul Huchon, denn seine Region repräsentiert mit 11 Millionen Einwohnern 19 Prozent der französischen Bevölkerung und 28 Prozent des Sozialprodukts. Nimmt man hinzu, dass die Linke mit Bertrand Delanoë auch im Rathaus von Paris regiert, dann sind die Chancen, zumindest öffentlichkeitswirksame Gegenpositionen zu besetzen, nicht so schlecht.

Schließlich könnte sich noch das Gesicht und die politische Gewichtung innerhalb der PS verändern. Die neuen Regionalpräsidenten haben schon ihren Anspruch angemeldet, in nationalen Belangen mitzureden und nicht mehr alle Entscheidungen der Pariser Zentrale und deren Spitzenleuten zu überlassen. Die meisten der 20 Regionalfürsten (bis auf Ségolène Royal alles Männer) sind auch keine politischen Anfänger: ihr Altersdurchschnitt beläuft sich auf 58 Jahre, acht von ihnen waren Minister oder Staatssekretär, einer Präsident der Nationalversammlung, Huchon war Kabi-

nettschef von Ministerpräsident Rocard Ende der achtziger Jahre. Sie haben eine Amtszeit von sechs Jahren vor sich, an deren Ende sich die meisten von ihnen wohl in den Ruhestand verabschieden werden. Dies gibt ihnen, wie der Nouvel Observateur vermerkte, „eine schöne geistige Unabhängigkeit in den internen Spielen einer PS, die sie nur allzu gut kennen“.

Der erste Test ihres neugewonnenen Einflusses wird die Frage sein, mit welchem Programm die Partei in die Europawahlen am 13. Juni geht. Hier haben sich bereits die Fronten gebildet: während die Parteiführung im Prinzip für die vom Konvent verabschiedete Verfassung eintritt, allerdings noch gewisse soziale Korrekturen fordert, fühlen sich die beiden linken Minderheitsströmungen in der Partei („Neue Sozialistische Partei“ und „Neue Welt“) durch das Ergebnis der Regionalwahlen in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber jeglicher europäischer Verfassung bestätigt. Einen Teilerfolg haben letztere schon errungen: Hollande trat – was er bisher vermieden hatte – für die Abhaltung eines Referendums in dieser Frage ein, wohl wissend, dass dies ein Akt mit höchst ungewissem Ausgang ist.

## Europäische Selbstbehauptung

Aber auch Staatschef Chirac und die Regierung Raffarin bewegen sich in der europäischen Frage auf schwierigem Gelände: einerseits hat Chirac nach den Regionalwahlen eine stärkere soziale Komponente versprochen und damit die Sparmöglichkeiten der Regierung eingeschränkt; andererseits bekräftigte sein Finanzminister Sarkozy auf seinem ersten europäischen Ministerrat in neuer Funktion, dass Frankreich an dem Ziel festhalte, 2005 wieder unter die 3-Prozent-Marke bei der öffentlichen Verschuldung zu gelangen. Auch ein erster Konflikt innerhalb der Regierung zeichnet sich ab: während Sarkozy vehement jegliche Erhöhung des EU-Haushalts über die Schwelle von ein Prozent des Bruttonationalprodukts der Mitgliedstaaten ablehnt, tritt der neue Außenminister Michel Barnier genau dafür ein. Dieser hat in einer ersten Erklärung nach seinem Amtsantritt betont, er wolle „den Platz und die Rolle unseres Landes an der Spitze des europäischen Projekts“ verstärken. Damit trifft er die Intentionen seines Präsidenten, der 2004 zum Jahr Europas ausgerufen hat – doch vertritt Chirac, wie man gesehen hat, mehrere Prioritäten. „Alles eine Frage des Datums“, pflegte der legendäre Außenminister Talleyrand zu sagen, wenn man ihn mit widersprüchlichen Aussagen konfrontierte. Fest steht indes, dass Frankreichs Rolle in der erweiterten Union nicht zuletzt vom Erfolg seiner inneren Reformen und dem Abbau der die Handlungs-

fähigkeit lähmenden Schuldenlast abhängt. Damit befindet sich das Land in der (schlechten) Gesellschaft Deutschlands: beide lahmen, aber ohne sie ist Europa zum Scheitern verurteilt.

### Dampfwalze oder Motor?

Die deutsch-französischen Beziehungen haben sich seit August 2002, vor allem aber im vergangenen Jahr nach Jahren der Stagnation und der Krise mit einer von niemandem vorher gesehenen Dynamik entwickelt. Dieser Dynamik verliehen am 21. Januar 2003 die beiden Europakommissare Pascal Lamy und Günter Verheugen Ausdruck. In einem Artikel in der französischen Tageszeitung *Libération* traten sie für eine deutsch-französische Union ein mit einem Kongress aus Abgeordneten beider Parlamente, wöchentlichen gemeinsamen Kabinettsitzungen und einem ständigen Sekretariat. Dazu kämen eine gemeinsame Armee, die Zusammenlegung der diplomatischen Vertretungen und eine gemeinsame Haushalts- und Finanzpolitik. Beeindruckend an diesem Artikel ist neben seiner visionären Kraft vor allem die Begründung für eine enge deutsch-französische Allianz, die nicht in der Gemeinsamkeit sondern in den Unterschieden wurzelt: „Unsere von so vielen Kriegen gekennzeichnete Geschichte; unsere unterschiedlichen Sprachwurzeln; unsere Kulturen, deren Reichtum in der jeweiligen Originalität begründet ist; unsere politischen und Verwaltungsstrukturen; unsere Konzeptionen von Staat und Gesellschaft: alles trennt uns offensichtlich“. Doch wie die Geschichte der europäischen Einigung gezeigt hat, ist Europa ohne deutsch-französische Verständigung blockiert, mit ihr „schreitet Europa voran“.

Am folgenden Tag, am 22. Januar, begehen Deutsche und Franzosen in Versailles feierlich den vierzigsten Jahrestag des Elysée-Vertrages – und fassen eine ganze Reihe von Beschlüssen, die in die von Lamy und Verheugen vorgegebene Richtung weisen. Und am 13. November berichtet die Tageszeitung *Le Monde* auf der Titelseite über einen Vortrag von Außenminister de Villepin vor ausgewähltem Publikum, in dem dieser „die Hypothese einer deutsch-französischen Union beschwört“. Dazwischen liegen viele kleine Schritte, die das Jahr 2003 zu einem unbestrittenen Höhepunkt in der langen und komplizierten Geschichte der deutsch-französischen Verständigung machen:

- 30. Januar: zum ersten Mal befinden sich Deutschland und Frankreich im erweiterten Europa in einer Minderheitsposition durch den „Brief der Acht“ (darunter England, Spanien und Polen), gefolgt vom „Brief der Zehn“ (osteuropäischen Länder), die in

der Irak-Frage die amerikanische Position unterstützen; doch sollte gerade das Irak-Problem zu einem wichtigen Ferment der deutsch-französischen (Wieder-) Annäherung werden;

- 29. April: Staatspräsident Chirac und Bundeskanzler Schröder treffen sich beim „Pralinengipfel“ in Brüssel mit ihren belgischen und luxemburgischen Kollegen, um über eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik zu beraten;
- 10. Juni: die beim Elysée-Jubiläum beschlossene Einrichtung eines Generalsekretariats für die Zusammenarbeit wird konkret, der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Hans-Martin Bury, und die Europa-Ministerin Noelle Lenoir werden zu Generalsekretären ernannt;
- 4. und 18. September: zunächst bei einem Gipfeltreffen zwischen Schröder und Chirac, dann bei der ersten gemeinsamen Arbeitssitzung der beiden Kabinette in Dresden wird eine „europäische Wachstumsinitiative“ proklamiert, die ihren Schwerpunkt auf Forschung und Entwicklung legt, aber auch einige konkrete Großprojekte benennt, wie den Bau einer neuen Brücke bei Straßburg und einer Hochgeschwindigkeitsstrecke der Bahn zwischen Paris und Frankfurt;
- 17. Oktober: Bundeskanzler Schröder lässt sich beim Europäischen Rat in Brüssel von Staatspräsident Chirac vertreten;
- 27./28. Oktober: beim Treffen der Länder und Regionen in Poitiers wird ein weiterer Beschluss des Elysée-Jubiläums umgesetzt: neben Kanzler Schröder und Ministerpräsident Raffarin kommen deutsche Ministerpräsidenten und französische Regionalpräsidenten zusammen, um die Kooperation auch auf regionaler Ebene zu vertiefen (auch dies im übrigen im Lamy/Verheugen-Artikel gefordert).

So viel Übereinstimmung hat es im deutsch-französischen Verhältnis lange nicht mehr gegeben, doch unterstreicht dies nur – bei allen, von Lamy/Verheugen erwähnten Unterschieden – eine seit Jahrzehnten gewachsene Struktur der Gemeinsamkeit:

- Deutschland ist für Frankreich der wichtigste Absatzmarkt und auch Lieferant;
- Deutschland steht bei den Auslandsinvestitionen in Frankreich an zweiter Stelle (nach den USA), Frankreich ist für Deutschland immerhin viertgrößter Investor;
- Es gibt kaum zwei enger verflochtene Volkswirtschaften: fast 3000 deutsche Unternehmen sind in Frankreich aktiv, umgekehrt ist es fast die Hälfte;
- Über sieben Millionen Begegnungen wurden seit der Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks im Jahre 1963 organisiert;

- Zwischen 1800 deutschen und französischen Gemeinden und 3000 Schulen gibt es Partnerschaftsabkommen.

Diese Liste könnte beliebig fortgesetzt werden, doch reicht sie nicht aus, die neugewonnene Gemeinsamkeit auf politischer Ebene zu erklären. Auch der Krieg im Irak, an dem sich diese manifestierte, genügt nicht als Erklärungsmuster, hat jedoch den Prozess der Annäherung beschleunigt – auch auf der persönlichen Ebene zwischen Schröder und Chirac, deren Verhältnis zuvor nicht gerade als herzlich bezeichnet werden kann. Was dahinter steckt ist die gerade für die regierenden Gaullisten schmerzhaft, im Laufe der Jahre jedoch unaufhaltsam gewachsene Erkenntnis, dass der französische Einfluss in der Welt nur noch über Europa aufrecht erhalten werden kann. Da Paris sich aber nach wie vor sträubt, völlig ins europäische Glied zurück zu treten, strebt Chirac seit seiner Wiederwahl 2002 ein „privilegiertes Bündnis“ mit Deutschland an, als dessen Architekt sein früherer Außenminister Dominique de Villepin fungierte. Dieses Bündnis würde dank seiner nach wie vor „kritischen Masse“ auch im Europa der 25 mit 30 % der Bevölkerung und 55 % des Bruttosozialprodukts der Euro-Zone in der Lage sein, den Kurs Europas gerade auch im Verhältnis zu den USA zu bestimmen und Europa als Machtfaktor („Europe puissance“) zu etablieren. Die pragmatischen Neo-Gaullisten Chirac und Villepin haben dabei akzeptiert, dass das wieder vereinigte Deutschland, insbesondere seit dem Antritt der rot-grünen Koalition, an außenpolitischem Selbstvertrauen gewonnen hat und – wie sich auf dem EU-Gipfel in Nizza im Jahre 2000 zeigte – auf gleicher Augenhöhe mit den Franzosen agieren möchte. Das demographische und wirtschaftliche Gewicht Deutschlands, seine geographische Mittellage und sein Einfluss in Osteuropa lassen sich einfach nicht länger ignorieren, und, politisch-psychologisch ganz wichtig: Berlin braucht Paris nicht mehr, um in der internationalen Gemeinschaft akzeptiert zu sein. Hingegen hat es jetzt den Anschein, als ob Frankreich ohne sein enges Bündnis mit Deutschland relativ isoliert da stünde.

Auf der anderen Seite verfügt Paris immer noch über einige Großmacht-Attribute, die eine Balance im Verhältnis zu Deutschland herstellen: der Besitz von Nuklearwaffen, die vor ihrer Erneuerung und Modernisierung stehen, um gegenüber den neuartigen Bedrohungen (z.B. durch „Schurkenstaaten“) gewappnet zu sein; Streitkräfte, die neben den britischen als einzige in Europa in der Lage sind, internationale Interventionen selbstständig durchzuführen oder zu befehlen, wie die seit Ende 2002 andauernde „Operation Licorne“ in der Elfenbeinküste mit 4000 Soldaten oder die von Frankreich geführte kurzzeitige EU-Operation „Ar-

temis“ im Kongo im letzten Jahr; überseeische Territorien und Stützpunkte, in denen permanent 5000 Militärs stationiert sind; der größte diplomatische Apparat in Europa mit über 9000 Beschäftigten und das mit 413 Einrichtungen größte Netz von Auslandsschulen in der Welt; und nicht zuletzt die ständige Mitgliedschaft im Weltsicherheitsrat.

Deutschland und Frankreich zusammen sind – ein einheitlicher politischer Wille vorausgesetzt – weit mehr als nur eine „kritische Masse“ in Europa. Dies haben sie zuletzt im November 2003 bewiesen, als klar war, dass beide Länder auch im Jahre 2004 - zum dritten Mal hintereinander – gegen die Stabilitätskriterien des Maastricht-Vertrages verstoßen würden (die Drei-Prozent-Verschuldungsgrenze wurde von Paris 2002 mit 3,1 % und 2003 mit 4,1% überschritten, für 2004 rechnet man mit 3,6 %). Gegen den Widerstand der Europäischen Kommission und einiger kleinerer Mitgliedstaaten setzten Paris und Berlin durch, dass sie von den fälligen Sanktionen ausgenommen wurden. Dies erweckte in anderen europäischen Ländern das Gefühl, bei der deutsch-französischen Allianz handle es sich um eine „Dampfwalze“, so die Tageszeitung *Le Figaro*, „die alles in ihrem Weg niedermacht“. Wenn man dazu noch zum gleichen Zeitpunkt von einer „deutsch-französischen Union“ spricht, wie es der französische Außenminister angeblich tat, dann sind die Befürchtungen über ein deutsch-französisches „Direktorium“ in Europa nicht mehr weit – und das in einem Augenblick, wo die Erweiterung der EU und ihre institutionelle Verfasstheit auf der Tagesordnung stehen und beides dringend einer klaren Orientierung bedarf.

### **Frankreich und Europa: nach wie vor eine gespaltene Beziehung**

Auf den Sieg des deutsch-französischen Tandems in der Stabilitätsfrage folgte nur wenige Wochen später, Mitte Dezember, eine eklatante Niederlage: der Europäische Rat in Brüssel konnte, wie zuvor schon die Regierungskonferenz in Rom, keine Einigung über den – von Paris und Berlin vorbehaltlos unterstützten - Verfassungsentwurf des vom früheren französischen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing geleiteten Konvents erzielen. Damit erhielten Deutsche und Franzosen die Quittung für ihre Zänkereien in den späten neunziger Jahren und ihren mangelnden europäischen Geist, der im hemmungslosen nationalen Egoismus der Nizza-Konferenz die Voraussetzungen für das Scheitern des Verfassungsentwurfes schuf.

Doch, wie man seit Goethe weiß, „wächst aus der Gefahr das Errettende“, in diesem Fall die – nicht mehr ganz neue – Idee eines Kerneuropa, mit dem Herzstück einer „deutsch-französischen Union“. Dieser Gedanke wurde von manchen französischen Verantwortlichen so schnell vorgebracht, dass man den Verdacht haben konnte, das Scheitern der Verfassung sei gar nicht so unwillkommen, bis hin zu der angeblich von einigen europäischen Delegationen in Brüssel geäußerten Vermutung, das Ganze sei sogar von Frankreich inszeniert worden. Dies gehört sicherlich in den Bereich der Phantasie, doch kommt darin ein grundsätzliches französisches Unbehagen zum Ausdruck, das in einem Leitartikel der gewiss nicht europafeindlichen *Le Monde* so zusammen gefasst wurde: Europa ist in Frankreich mehr und mehr unpopulär; es entspricht nicht mehr der Vision, die eine Mehrheit der Franzosen hatte, nämlich ein begrenzter Club gleichentwickelter Nationen mit identischen Vorstellungen zu sein; die Erweiterung auf 25 Staaten hat den existierenden Gemeinschaftsgeist „getötet“; und dies alles trifft auf einen traditionellen anti-europäischen Resonanzboden sowohl auf der Rechten wie auf der Linken.

In der Tat bewegt sich die für französische Verhältnisse erstaunliche Hinwendung zu Europa in den letzten Jahren auf dünnem Eis. Von der extremen Rechten, wie Le Pen oder dem notorischen Europa-Gegner de Villiers, ist man gewöhnt, das Übel der Welt – die Vernichtung des Nationalstaates und die kulturelle Überfremdung – in Brüssel zu sehen. Wenn aber der aus dem eigentlich europafreundlichen, liberalen Lager kommende Premierminister Raffarin anlässlich der Diskussion um den Stabilitätspakt geradezu ausrastet und erklärt: „Meine erste Pflicht ist es, mich um die Beschäftigung in Frankreich zu kümmern, und nicht um Zahlen zu liefern und kleinkarierte Rechnungen aufzumachen, damit irgendein Büro in irgendeinem Land (gemeint ist die Kommission in Brüssel) zufrieden gestellt wird“, dann ist dies natürlich Wasser auf die Mühlen der Europagegner. Auf der Linken äußerte man sich nicht so drastisch, aber immerhin übten selbst überzeugte Europäer wie Strauss-Kahn und der frühere Europa-Minister Pierre Moscovici deutliche Kritik am Stabilitätspakt, der „keine endgültige Vorschrift“ sein könne. Und von den ebenso notorischen Antieuropäern auf der extremen Linken und bei den Globalisierungsgegnern abgesehen, für die Brüssel ebenfalls alles Übel der Welt bereit hält – in diesem Fall in Form von Neoliberalismus und Vernichtung des Sozialstaates –, hat sich innerhalb der Sozialistischen Partei eine starke Minderheit formiert, die sowohl die Erweiterung wie die europäische Verfassung ablehnt. In gewisser Weise wurde das Scheitern der Regierungs-

konferenz auch von Pro-Europäern begrüßt, weil damit die Notwendigkeit eines Referendums (vorerst) entfiel, bei dem man sich einer Mehrheit keineswegs gewiss war.

Frankreichs Verhältnis zu und seine Position in Europa bleiben ambivalent – ungeachtet der unumstößlichen Tatsache, dass Paris in den letzten Jahren die weit reichenden Integrationsentscheidungen und selbst die ungeliebte Erweiterung mitgetragen hat. Doch wenn sich quasi ohne eigenes Verschulden, wie im Falle des Scheiterns der Verfassung, die Gelegenheit bietet, dann wird die nationalstaatliche Option am Schopf gepackt, um das von Souveränität und Großmachtdasein zu retten, was noch zu retten ist. Neben der deutsch-französischen Union bietet sich eine solche Gelegenheit vor allem auf dem Feld der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, wo Paris in alter gaullistischer Tradition hartnäckig am Konzept einer eigenständigen europäischen Verteidigung bastelt. Der (gemeinsam mit Deutschland) gefundene Kompromiss mit England über die Errichtung eines europäischen Hauptquartiers im Miniformat bedeutet einen aus französischer Sicht großen Fortschritt, der zugleich die Richtung in eine multilaterale Weltordnung weist, wie sie von Chirac und de Villepin unermüdlich gepredigt wird. Doch selbst wenn sie die zögerlichen, weil immer noch integrations- und erweiterungsfixierten Deutschen vollständig und auf Dauer auf ihre Seite brächten, wären da immer noch die historisch und strukturell auf Amerika orientierten Briten; die neuen osteuropäischen Mitglieder, die ihre Sicherheit am besten bei der NATO und das heißt bei den USA aufgehoben sehen und die Chiracs Beschimpfungen anlässlich ihres Verhaltens in der Irak-Frage nicht so schnell vergessen werden; und die traditionell neutral orientierten Länder, wie Schweden, Finnland und Österreich, die sich ungern vor den Karren eines „europe puissance“ spannen lassen.

Trotz all dieser Hindernisse hat das französische Konzept einer multipolaren Welt angesichts der unilateralen Ausrichtung der amerikanischen Politik und kommender Weltmächte wie China und Indien durchaus seinen Reiz. Es hat aber auch seinen Preis: das völlige Aufgehen in einem großen Europa, denn nur so kann der „alte Kontinent“ sich in der unsicherer gewordenen Welt behaupten. Doch zentrale Elemente der französischen Konzeption – und darin unterscheiden sich Gaullisten und Sozialisten nur wenig – werden notwendigerweise die Konturen des zukünftigen Europa bestimmen, denn ohne ein „europe puissance“ wird man in der Welt des 21. Jahrhunderts wenig ausrichten können.